

## Unsere Alternative: Kommunalen Wohnungsneubau

Wir sind keineswegs dafür, die Milliarden zu sparen. Wir möchten sie nur nicht dubiosen „Investoren“ in den Rachen werfen. Es sollten davon qualitativ hochwertige, menschenfreundliche Kommunalwohnungen gebaut werden, die dauerhaft im Besitz Berlins bleiben und noch über Hunderte Jahre zu niedrigen Mietpreisen angeboten werden können. Das geht nur in nicht profitorientierten kommunalen Baubetrieben mit Tariflöhnen. Dazu braucht man sorgfältige und langfristige Planung auch der Infrastruktur, die ressourcenschonend und ökologisch sinnvoll gebaut werden soll. Und das ist nur möglich mit entsprechendem Personal in Planung und Verwaltung. Als DKP treten wir bei den Wahlen an, weil wir dieser antikapitalistischen Position eine Stimme geben wollen. Und wir schlagen praktische Alternativen vor, die wir aus den Erfahrungen und Ergebnissen vergangener und aktueller Klassenkämpfe weltweit entwickeln. Wir verweisen auf die Erfahrungen des „Roten Wien“ in Österreich, wo bis heute mit den Riesenbeständen des Gemeindebau preiswerter und guter Wohnraum existiert. Die Wohnareale vor allem aus den 1920er Jahren wie die Hufeisensiedlung oder die Wohnstadt Carl Legien sind auch in unserer Stadt Berlin steinerne Zeugen für die Notwendigkeit, der aktuellen Woh-

nungsknappheit eben mit kommunalem Wohnungsbau zu begegnen. Sie geben Zeugnis davon, was groß angelegte kommunale Wohnungsbauprogramme leisten können. Und nicht zuletzt verweisen wir auf die sozialistischen Wohnungsbauprogramme unter anderem in der DDR, wo das Recht auf Wohnen in der Verfassung garantiert war und jedem Werktätigen seine kommunal verwaltete Wohnung quasi geschenkt wurde. Der Neubau jedenfalls sollte nicht den Neoliberalen überlassen werden. Er der Schlüssel zur Wohnraumversorgung für Alle.



**Enteignen ja, aber richtig -  
keinen Cent an Deutsche  
Wohnen & Co.!**



**Die Milliarden jetzt für den  
Wohnungsneubau – sozial und  
kommunal!**



**Planwirtschaft statt Profitlogik!**

№ 4 / September 2021

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt drauf an, sie



# Berliner Anstoß

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP) BERLIN

**KEINEN CENT DEN IMMOBILIEN-  
KONZERNEN UND SPEKULANTEN  
WIR KÄMPFEN NICHT FÜR „ROT-  
ROT-GRÜNE“ ILLUSIONEN**

Für immer mehr bislang von der öffentlichen Hand betriebenen gesellschaftlichen Bereiche gilt, was früher undenkbar schien: Infrastruktur, die der Daseinsvorsorge dienen sollte, wird an Private verhökert, die diese zur Quelle für Maximalprofit umstrukturieren. Ob Schulen, die Berliner S-Bahn, Parkplätze, Krankenhäuser oder Wohnungen – sie alle werden nach den Prinzipien möglichst großer Profiterwirtschaftung ausgerichtet. Das ist nichts anderes als die Umverteilung von Unten nach Oben. Was früher Gemeingut, günstig oder gratis war, wird kostenpflichtig oder teurer. Und so ist es wichtig

und richtig, dass auch heute wieder Tausende Menschen für bezahlbares und menschenwürdiges Wohnen auf die Straße gehen. Doch wir warnen vor illusorischen Hoffnungen, die viele Mieter in eine Neuauflage der „Rot-Rot-Grünen“ Koalition setzen. Wohnungspolitik im Interesse Aller muss Wohnungen bauen und das Wohnen vom Markt entkoppeln. Die Pläne der Berliner SPD, Grünen und Linken laufen auf das glatte Gegenteil hinaus.



## Macht der Monopolisten wächst

Für die kapitalistische Immobilienwirtschaft ist Berlin attraktiv wie nie. Auf der Jagd nach möglichst größter Rendite investieren die Milliardäre der Welt hier besonders gern in „Betongold“, weil sie die Fortsetzung der Politik der kräftigen Preissteigerungen erwarten. Allein in Berlin sind die Deutsche Wohnen AG (ca. 115.000 Wohnungen) und Vonovia (ca. 43.000 Wohnungen) die mächtigsten Immobilien-AGs. Bei einer möglichen Fusion entstünde ein neuer Gigant, der nicht nur ungekannte Mietsteigerungen durchsetzen, sondern auch direkten Einfluss auf die Stadtplanung und -gestaltung nehmen kann. Die Weichen für eine lebenswerte Zukunft auch für kommende Generationen müssen auch angesichts ökologischer Probleme und Ressourcenknappheit jetzt gestellt werden. Eine lebenswerte Zukunft steht den Gewinnabsichten der Monopole jedoch diametral entgegen. Sie wird nur möglich, wenn dem immer aggressiveren Kapitalismus Einhalt geboten und das Rad der Privatisierungen gestoppt und zurückgedreht wird.



## Die Öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften

Mit ihren rund 375.000 Wohnungen in Berlin wären die öffentlichen Wohnungsgesellschaften eigentlich ein Instrument, mit dem die Mieterhöhungsspirale durchbrochen werden könnte. Aber das Gegenteil ist der Fall. Dem bürgerlichen Politikbetrieb unterworfen, der ihre Vorstände mit Lobbyisten, Managern oder ehemaligen Funktionsträgern besetzt, sind sie ebenfalls marktmäßig organisiert, als GmbH oder Aktiengesellschaft, und auf Gewinnmaximierung ausgerichtet. So erfolgen auch durch sie kräftige Mietpreissteigerungen. Bezeichnend ist, dass der Berliner Senator für Stadtentwicklung und Wohnen, Sebastian Scheel (Linke), nach dem Scheitern des Berliner Mietendeckels im März ohne Not die Deckelung auch für die „Öffentlichen“ zurücknahm. Erst Druck von Unten brachte ihn dazu, die Regelung beizubehalten. Der Neubau günstiger Wohnungen wird verschleppt und eher in hochpreisige Objekte investiert. Nicht anders sieht es hier übrigens bei den Genossenschaften aus, die insbesondere von Seiten der Grünen als Heilsbringer beworben werden. Nur bauen Genossenschaften noch weniger und sind durch den in der Regel teuren Genossenschaftsanteil nichts für Wohnungssuchende ohne finanziellen Rückhalt.

## Linke Symbolpolitik und drohende Gefahren: Die Kampagne „Deutsche Wohnen & Co. enteignen!“

Am 26. September wird über ihr Anliegen abgestimmt. Der Senat, egal welche Koalition regieren wird, soll sich dann damit befassen. Der Volksentscheid ist aber nicht bindend und somit ohnehin kraftlos. Wahrscheinlich folgt also gar nichts. Selbstverständlich werden auch wir uns bei dieser Abstimmung für eine Enteignung aussprechen, sind uns aber mit der übergroßen Mehrheit der Befürworter darin einig, dass unser politischer Auftrag an die Regierenden nur die entschädigungslose Enteignung ist.

Ohne Frage hat die Kampagne die Forderung „Enteignen“ salonfähig gemacht, und eine breite Öffentlichkeit spricht darüber. Allerdings wurde der Begriff verwässert. Denn die Kampagne meint stets „Enteignung“ gegen Entschädigung, also nichts anderes als einen Immobiliendeal. Und so sollen den betreffenden Immobilien-AGs Milliarden an Steuergeldern gezahlt werden für die Woh-

nungen, die sie einstmals spottbillig erworben hatten und aus denen sie jahrelang Gewinne abschöpften. Das wäre wirklich nichts anderes als die ohnehin gängige Senatspraxis des Rück- oder Vorkaufs solcher Immobilien. Sie steht zu Recht in der Kritik, weil diese dubiosen Geschäfte oft in Hinterzimmern und unter Geheim-



haltung der Kaufsummen abgewickelt werden. Es ist die Umverteilung von Steuergeldern in die Taschen von Wohnungshändlern und -spekulanten. Allein die Quantität könnte nach einem „positiven“ Volksentscheid zuvor ungekannte Ausmaße erreichen. Ein solcher Wahnsinnsdeal - immerhin steht die Summe von 35 Milliarden Euro im Raum, und es könnte noch teurer werden - wird nach dieser Entscheidung bei den Berliner Mietern keine Zustimmung finden.

### IMPRESSUM

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Landesverband Berlin

DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, Büro 551/552, 10243 Berlin

Mail: [info@dkp-berlin.info](mailto:info@dkp-berlin.info)  
[www.dkp-berlin.info](http://www.dkp-berlin.info)

Anschrift der Redaktion / Herausgebers:

Telefon: 030/29783132

V.i.S.d.P.: DKP Landesvorstand Berlin  
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin